

Heiße Luft im Kalten Krieg

Veröffentlicht am [29. März 2023](#) von [usaexperte](#)



Warum der Kalte Krieg des Westens gegen die Systemrivalen Russland und China den Planeten bedroht und damit das unmittelbare Überleben schwacher Staaten und die langfristige Zukunft für uns alle gefährdet wird, analysieren Josef Braml und Mat Burrows in einem Beitrag für „[The Pioneer](#)“.

Anlässlich der Vorstellung des jüngsten [IPCC-Syntheseberichts](#) warnte UN-Generalsekretär [António Guterres](#) vor einer „tickenden Klima-Zeitbombe“. Guterres forderte die reichen Länder auf, die Emissionen zu senken. Aber diese nehmen ihre Klimaverpflichtungen nicht ernst und in einigen Fällen sogar zurück. In ihrem Kalten Krieg gegen Systemrivalen wie Russland und China könnten westliche Staaten sogar ihre letzte Chance verspielen, dem Klimawandel durch globale Zusammenarbeit entgegenzuwirken und damit das Überleben zahlreicher fragiler Staaten gefährden.

Der jüngste „[Synthesebericht](#)“ des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (IPCC) der Vereinten Nationen fasst die Ergebnisse von drei zwischen 2021 und 2022 veröffentlichten Expertenbewertungen zusammen, die sich mit den Auswirkungen und der Eindämmung des Klimawandels befassen. Laut IPCC müssen die Emissionen bis Mitte der 2030er Jahre halbiert werden, wenn die Welt eine Chance haben soll, den Temperaturanstieg auf 1,5 Grad Celsius über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen, wie es im Pariser Klimaabkommen vereinbart wurde. Demnach gilt es im Kampf gegen den Klimawandel keine Zeit mehr zu verlieren, da die Kohlendioxidkonzentrationen „so hoch sind wie seit mindestens 2 Millionen Jahren nicht mehr“.

Da die globale Erwärmung bei der derzeitigen Rate 1,5 Grad Celsius überschreiten wird, halten es immer mehr Klimawissenschaftler für angebracht, den Klimanotstand auszurufen. [Sir David King](#), ehemaliger Berater der britischen Regierung unter den Premierministern Tony Blair und Gordon Brown, derzeit Vorsitzender der Climate Crisis Advisory Group,

fordert, die CO₂-Emissionen so schnell wie möglich zu reduzieren – und die Arktis wieder einzufrieren –, „um die Eisbedeckung über dem Arktischen Ozean während des Polarsommers aufrechtzuerhalten“.

Denn das globale Klimasystem hängt stark davon ab, was innerhalb des Polarkreises passiert. Die Welt war mehr oder weniger in Ordnung, solange das Klimasystem des Polarkreises vom globalen Klimasystem getrennt war. Durch die vom Menschen verursachte globale Erwärmung entweicht immer mehr kalte Luft vom Polarkreis und wird durch warme Luft ersetzt. Die Erwärmungsrate beschleunigt sich rapide. In den letzten vier Jahrzehnten hat sich der Polarkreis viermal schneller erwärmt als der Rest der Welt. Der grönländische Eisschild schmilzt bereits mit alarmierender Geschwindigkeit.

[Kings Plan zur Rettung der Arktis](#) sieht „500 bis 1.000 ferngesteuerte Schiffe rund um den Polarkreis“ vor, die betrieben würden, wenn das britische Met Office einen starken Wind feststellen sollte, der bis zum Nordpol drängt: „Einige Schiffe würden angewiesen, Salzkristalle in den Himmel zu sprühen, um Wolken zu bilden, die über den Polarkreis treiben würden, um ihn vor den Sonnenstrahlen zu schützen“, erklärt King sein „Risikomanagement-Projekt“. Nach seiner Kosten-Nutzen-Analyse „wäre dies kein unmittelbarer finanzieller Gewinn für private Investoren, aber der Wert der Kompensation zukünftiger Schäden, die durch den Anstieg des Meeresspiegels durch ein Abschmelzen des Polarkreises verursacht würden, ist immens.“

Wenn die Arktis schmilzt, könnte sich auch der nordpolare Jetstream abschwächen und die Zirkulation von Wettersystemen zusammenbrechen. Schon heute zeichnet sich ab, dass sich Hoch- und Tiefdruckgebiete langsamer bewegen und Hitzewellen und Stürme verlängern, die historische Überschwemmungen auslösen. Frühindikatoren sind die Hitzewelle 2021 im amerikanischen Westen, die eine bereits bestehende Dürre verschärfte und beispiellos hohe Temperaturen mit sich brachte, sowie die Überschwemmungen 2022 im Nordwesten Deutschlands.

Die Verwüstungen des Klimawandels sind bereits sichtbar, aber bisher war selbst das Abbrennen der Urwälder des amerikanischen Südwestens noch nicht der Weckruf für entschlossenes Handeln in den Vereinigten Staaten. Obwohl der IPCC-Bericht die Dringlichkeit hervorhebt, die Emissionen bis in die 2030er Jahre zu reduzieren, haben auch andere reiche Nationen wie Südkorea, Japan und die EU ihre früheren Klimazusagen sogar zurückgefahren.

Im Zuge des Ukraine-Krieges und der westlichen Sanktionen gegen Russlands Energielieferungen haben führende Industrienationen wie Deutschland deutlich gemacht, dass ihnen Energiesicherheit, nicht zuletzt durch Kohleverstromung, mehr wert ist als Umweltschutz. Maßnahmen gegen den Klimawandel werden zum Kollateralschaden des Krieges.

Doch immer mehr Länder des Globalen Südens, die bereits direkt vom Klimawandel betroffen sind, haben andere Prioritäten. [Francia Márquez](#), Kolumbiens Vizepräsidentin, interessiert sich mehr für westliche Hilfe bei der Bewältigung der Folgen des Klimawandels als für den Ukraine-Krieg: „Wir wollen nicht weiter darüber diskutieren, wer der Gewinner oder Verlierer eines Krieges sein wird“, sagte sie. „Wir sind alle Verlierer und am Ende ist es die Menschheit, die alles verliert.“

Entwicklungsländer sind am stärksten vom Klimawandel betroffen. Sie verfügen auch nicht über die notwendigen Ressourcen, um sich auf Stürme, Überschwemmungen und andere negative Auswirkungen vorzubereiten. Bereits in einem [Bericht vom 11. Oktober 2022 schätzte das UN-Entwicklungsprogramm](#), dass 54 Länder, in denen mehr als die Hälfte der ärmsten Menschen der Welt leben, einen sofortigen Schuldenerlass benötigen, um noch extremere Armut zu vermeiden und ihnen die Chance zu geben, die Auswirkungen des Klimawandels abzumildern. Mindestens 107 Entwicklungsländer, in denen 1,7 Milliarden Menschen leben, sind derzeit von mindestens einer von drei Krisen bedroht: Nahrung, Energie und/oder Finanzen, so [UN-Generalsekretär Guterres](#).

Ohne die Bedürfnisse anderer zu berücksichtigen, können wir dem Klimawandel nicht begegnen. Der Klimawandel sollte für die Großmächte – die Vereinigten Staaten, Europa, Russland und China – eine Chance, ja sogar eine Notwendigkeit sein, zusammenzuarbeiten und sicherzustellen, dass auch die weniger Wohlhabenden die Mittel haben, ihn zu bekämpfen.

Nicht nur, dass es bereits zahlreiche Tote und Opfer durch extreme Wetterereignisse gibt, sondern der Klimawandel ist auch ein „Bedrohungsmultiplikator“. In der Sahelzone hat der Klimawandel bereits verheerende Auswirkungen auf die G5-Staaten (Mali, Tschad, Niger, Mauretanien und Burkina Faso), die stark von Regenfeldbau und Weidewirtschaft abhängig sind. Bis 2030 wird der Klimawandel den Boden so weit austrocknen, dass er keine Niederschläge mehr aufnehmen kann, was die landwirtschaftliche Produktivität verringert. Eine wachsende Bevölkerung (die sich bis 2040 fast verdoppeln dürfte) wird den Druck auf diese Ernährungssysteme, insbesondere die Landnutzung, erhöhen und den Wettbewerb um Ressourcen verschärfen. Mangels starker Governance-Strukturen und inklusiver Institutionen, die auf die Bedürfnisse der betroffenen Bevölkerung eingehen, kann der Klimawandel Verteilungskonflikte und Gewalt auslösen. Es wird keine friedlichere Welt mit weniger Konflikten geben, wenn die Verantwortlichen mächtiger Länder nicht mehr auf die Notlage der Entwicklungsländer achten und mehr Zusammenarbeit im Kampf gegen den Klimawandel betreiben.

Obwohl Terrorismus und Aufstände in vielen Entwicklungsländern immer noch ein zerstörerisches Element sind, das den Weltfrieden bedroht, hat die [Nationale Sicherheitsstrategie der USA](#) die Gefahr nichtkonventioneller Kriege herabgestuft. Vor nicht allzu langer Zeit, nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001, kümmerten sich die westlichen Regierungen mehr um zerfallende Staaten als um zwischenstaatliche Konflikte, etwa mit ihrem Engagement in Afghanistan, dem Nahen Osten und Afrika. Seit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine und einem möglichen militärischen Konflikt zwischen den USA und China absorbieren sie wieder die volle politische Aufmerksamkeit westlicher Staaten.

Russlands Krieg in der Ukraine zeigt, wie dominant geo-ökonomisches Denken ist, vor allem in Moskau, auch in imperialen Kategorien. Bereits am 26. Oktober 2020 verabschiedete Russlands Präsident Wladimir Putin offiziell die neue [„Strategie zur Entwicklung der arktischen Zone der Russischen Föderation und zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit für den Zeitraum bis 2035“](#). Durch den Klimawandel nimmt die Eismenge in den arktischen Meeren ab und es entstehen dauerhaft nutzbare Routen, die den Welthandel verändern werden. Gleichzeitig könnten bisher unzugängliche Rohstoffvorkommen in der Arktis erschlossen werden. Schließlich stellt das auftauende Eis auch eine militärische Herausforderung dar.

Moskau hat die wirtschaftlichen und strategischen Risiken und Potenziale dieser gravierenden Veränderungen erkannt und baut seine Präsenz im Norden im Rahmen einer Arktisstrategie massiv aus. Russland, dessen östliches Festland nur etwa 90 Kilometer über die Beringstraße von der Küste Alaskas entfernt liegt, hat seit Jahren eine erweiterte Präsenz in der Arktis durch die Renovierung von Flugplätzen, die Hinzufügung von Stützpunkten, Truppenausbildung und die Entwicklung eines Netzwerks militärischer Verteidigungssysteme an der Nordgrenze priorisiert.

Die USA reagieren mit Manövern und dem Ausbau ihrer Truppenpräsenz in der Region. In diesem Kalten Krieg spielt Alaska eine zentrale Rolle. Die US-Luftwaffe hat Dutzende von F-35-Kampfflugzeugen nach Alaska entsandt und angekündigt, dass der Staat die „[weltweit größte Konzentration kampf-codierter Luftwaffe der fünften Generation](#)“ beherbergen wird. Bereits im Januar 2021 [veröffentlichte die US-Armee ihren ersten strategischen Plan zur „Wiedererlangung der Dominanz in der Arktis“](#). Die US-Marine, die im März 2022 Übungen über und unter dem Meereis innerhalb des Polarkreises durchführte, hat ebenfalls [einen Plan zum Schutz der amerikanischen Interessen in der Region](#) entwickelt und warnt, dass eine Schwäche dort bedeuten würde, dass der „Frieden und Wohlstand zunehmend von Russland und China in Frage gestellt werden, deren Interessen und Werte sich dramatisch von unseren unterscheiden“.

Angesichts dieser Herausforderung investiert die US-Bundesregierung Hunderte Millionen Dollar an der Westküste Alaskas, um den Hafen von Nome auszubauen, der sich zu einem Tiefwasserzentrum für Küstenwache und Marineschiffe entwickeln könnte, die zum Polarkreis segeln. Die Küstenwache plant, künftig drei neue Eisbrecher einzusetzen – Russland hat bereits mehr als 50 im Einsatz, um mit deren Hilfe neue eurasische Handelsrouten zu erschließen.

Vor allem für China, das sich zunehmend mit Russland anfreundet, würde die Nordostpassage einen enormen Vorteil bieten: geringere Transportkosten zwischen Europa und Asien. Im Vergleich zu den längeren Seereisen über den Suez- und Panama-Kanal reduziert die Nordost-Route die Transportzeiten um fast die Hälfte auf etwa 15 Tage. „Als Folge der globalen Erwärmung dürften die arktischen Schifffahrtsrouten zu wichtigen Transportrouten für den internationalen Handel werden“, erklärt Chinas Regierung in ihrem „[Weißbuch zur Arktis](#)“. China ist auch an den beträchtlichen Rohstoffreserven interessiert – wie Öl- und Gasreserven, Zink, Kupfer, Platin und nicht zuletzt Seltene Erden –, die durch das schmelzende Eis in der Arktis bald zur Verfügung stehen. Peking ist bei der Gewinnung dieser Rohstoffe und den neuen Transportwegen auf Moskau angewiesen.

[Der jüngste Staatsbesuch von Präsident Xi Jinping in Moskau](#) macht deutlich, dass China nicht nur wirtschaftlich kooperieren will, sondern auch versucht, die diplomatischen Beziehungen zu Moskau zu vertiefen, um sich gegen das zu wappnen, was Peking als „eine langfristig angelegte Kampagne der Vereinigten Staaten, um Chinas Aufstieg zu behindern“, ansieht. Die führende westliche Macht entspricht diesem anti-amerikanischen Narrativ, indem sie rhetorisch versucht, Demokratien gegen Autokratien in eine neue systemische Rivalität zu führen.

Die Spaltung zwischen dem autokratischen Russland und China auf der einen Seite und demokratischen NATO-Mitgliedern auf der anderen Seite könnte es jedoch unmöglich machen, die rasanten Klimaveränderungen in der Arktis zu bewältigen. Durch den schmelzenden Permafrost könnte in Zukunft noch mehr Methan freigesetzt werden – ein weitaus stärkeres und gefährlicheres Treibhausgas als Kohlendioxid.

Glaubt irgendjemand, dass ein Kalter und möglicherweise sogar gewalttätiger Krieg zwischen China und den Vereinigten Staaten und die Beteiligung anderer die Bemühungen um den Klimawandel nicht zurückwerfen würde, vielleicht für ein oder zwei Generationen? Hoffentlich ist es bis dahin nicht zu spät um zu verstehen, dass die Sicherheit unseres Planeten auch die nationale Sicherheit und das Wohlergehen einzelner Länder beeinflusst. Der Klimawandel, dessen Ausmaß bereits zu unseren Lebzeiten massive Auswirkungen hat, ist ein gemeinsamer Feind und sollte die wachsenden Rivalitäten, die wir zwischen China/Russland und dem Westen sehen, entschärfen. Zu viel heiße Luft – vor allem bei verbaler und physischer Aufrüstung – schadet der menschlichen Existenz, die vom Weltklima abhängig ist.

Die Autoren:

Dr. Josef Braml Dr. Josef Braml ist [USA-Experte](#) und European Director der Denkfabrik Trilaterale Kommission. Sein neues Buch „[Die transatlantische Illusion. Die neue Weltordnung und wie wir uns darin behaupten können](#)“, ist beim Verlag C.H.Beck erschienen. Er verfügt über 20 Jahre Erfahrung in angewandter Forschung und Beratung weltweit führender Think Tanks.

Dr. Mathew Burrows hat fast drei Jahrzehnte für das US-State-Department und die CIA gearbeitet. Zuletzt war er in einer führenden Position im National Intelligence Council (NIC) tätig und verantwortete den Zukunftsreport, den jeder Präsident zu Beginn seiner Amtszeit auf den Tisch bekommt, „Global Trends 2030: Alternative Worlds“. Er ist einer der herausragenden strategischen Denker der amerikanischen Intelligence Community und gegenwärtig Fellow am Stimson Center in Washington, DC.